

Zeitschrift: Akzent : Magazin für Kultur und Gesellschaft
Herausgeber: Pro Senectute Basel-Stadt
Band: - (2016)
Heft: 5: Bürgerliches Basel : Menschen, Geschichten, Orte

Artikel: Im Gespräch mit Georg Kreis, Historiker : über die bürgerliche Politik in Basel
Autor: Ryser, Werner / Kreis, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-843041>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Gespräch mit Georg Kreis, Historiker

Über die bürgerliche Politik in Basel

Nach dem Schock der Kantonstrennung brach für die konservativen Basler Ratsherren eine neue Zeit an, die nicht nach ihrem Gusto war. Erst 1874, mit der Revision der Bundesverfassung, musste der Stadtkanton jene Volksrechte einführen, die im benachbarten Baselbiet längst selbstverständlich waren. Wir haben uns mit Georg Kreis über die Entwicklung der bürgerlichen Politik in Basel seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unterhalten.

Bis 1874, also noch lange nachdem sich die Schweiz mit der Verfassung von 1848 als moderner Bundesstaat konstituiert hatte, gab es in Basel-Stadt keine erweiterten Volksrechte, wie etwa im benachbarten Baselbiet. Dienstboten, Armengenössige und jene, die weniger als sechs Franken Steuern bezahlten, waren von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen. Somit hatten lediglich 1800 Bürger (von 24'000 Einwohnern) das Stimmrecht. Der Kanton Basel-Stadt wurde von Ratsherren regiert, dessen beide «Häupter» mit Hut und Degen die Sitzungen leiteten und mit «hochgeehrter Herr Bürgermeister» angesprochen werden mussten.

Akzent Magazin: Herr Professor Kreis, ist diese rein repräsentative Form der Demokratie, mit einem restaurativen, wenn nicht gar reaktionären, Regime eine Antwort auf die nicht verwundene Trennung von Stadt und Land?

Georg Kreis: Da war sicher eine konservative Ausgangslage prägend. Die Kantonstrennung von 1833 hat Basel aber noch konservativer gemacht. Das zeigte sich unter anderem in den bis in die 1850er Jahre erhalten gebliebenen und vor der Landbevölkerung schützenden Stadtmauern. Es gab aber offensichtlich auch einen modernisierenden Konservatismus. Die Vereinheitlichung des eidgenössischen Münz-, Zoll- und Postwesens [die von Baslern wie Johann Jakob Speiser, Benedikt La Roche und Achilles Bischoff wesentlich geprägt wurden, die Red.] sowie ein weiteres Eingehen auf wirtschaftliche Bedürfnisse einerseits und rückwärtsgerichtete Haltungen in der Politik (z.B. bezüglich Presse- und Vereinsfreiheit) andererseits, schlossen sich gegenseitig nicht aus.





Akzent Magazin: Erst 1874 wurde auch in Basel-Stadt jeder niedergelassene Schweizer stimmberechtigt. Das Referendums- und Initiativrecht wurde eingeführt, fünfzehn Jahre später die Volkswahl des Regierungsrates. Weshalb bedurfte es einer Revision der Bundesverfassung, bis sich Basel bequemte, die Volksrechte endlich so auszubauen, wie sie in den meisten anderen Kantonen längst verwirklicht waren?

Georg Kreis: *Zum einen fehlte der damals fortschrittlich-demokratisch gesinnte ländliche Kantonsteil, zum anderen wollte die Stadt sich auch gegenüber der bundesstaatlichen Schweiz abheben und abgrenzen.*

Akzent Magazin: Von 1833 bis 1900 wuchs die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt ums Fünffache. Grund war die Entwicklung der Industrie, die einen Zustrom von Arbeitssuchenden aus der übrigen Schweiz und dem süddeutschen Raum zur Folge hatte. Dieser Zustrom dürfte die Basler Radikalen gestärkt haben, die damals eine progressive Gruppierung waren. Sie sollten für die nächsten dreissig Jahre die bestimmende politische Kraft werden. Wie weit kann sich der heutige Freisinn zu Recht auf seine damaligen Wurzeln berufen?

Georg Kreis: *Tatsächlich hat die Zuwanderung die Radikalen gestärkt, die zuvor – wenn sie nicht auch politisch integriert waren – als Passivbevölkerung dem alten Regime die Vorherrschaft überlassen haben. Was die so genannten radikale «Wurzelzeit» betrifft, so sehe ich sie in den 1840er Jahren, beispielsweise im «Käppisturm» rund um die Verhaftung des Journalisten Karl Brenner [vgl. dazu Kästchen]. Aber ganz allgemein bleiben «Wurzeln» nicht bestimmend. Die Welt (oder die Pflanze) entwickelt sich weiter.*

In den Jahren nach 1848 wollte sich die Stadt auch gegenüber der bundesstaatlichen Schweiz abheben und abgrenzen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts spalteten sich die Bürgerlichen in verschiedene Parteien auf. 1905 zogen die Katholiken mit einer eigenen Vertretung in den Grossen Rat ein. Gleichzeitig entstand aus konservativen Kreisen die Liberale Partei, die sich von den Radikal-Freisinnigen trennte. 1911 gründeten die

Gewerbebetreibenden die «Fortschrittliche Bürgerpartei» und schlossen sich vier Jahrzehnte später, inzwischen zur «Bürger- und Gewerbepartei» umbenannt, den Liberalen an. Die Arbeiter organisierten sich in der Sozialdemokratischen Partei, deren revolutionärer Flügel 1921 die Kommunistische Partei der Schweiz gründete. Eine Zäsur in der eidgenössischen und in der Basler Politik bedeutete der Erste Weltkrieg. Die Männer wurden zum Grenzschutz eingezogen. Angesichts einer unaufhaltsam steigenden Teuerung mussten allein in Basel 15'000 Menschen in Volksküchen ernährt werden, während ein vom Krieg verschontes Unternehmertum Gewinne generierte, die sie nicht in Form von angemessenen Lohnerhöhungen an ihre Arbeiter weitergaben.

Akzent Magazin: Weshalb hat die bürgerliche Regierungsmehrheit im Bund und die Armeeführung unter General Wille nicht versucht, die Not der Arbeiterfamilien während des Krieges zu lindern?

Georg Kreis: *Man war durchaus um Linderung bemüht, aber nur mit Hilfsaktionen, die bloss dem Schlimmsten die Spitze nehmen wollten und nicht mit einer Veränderung der Grundverhältnisse, die Schlimmstes gar nicht hätte aufkommen lassen.*

Akzent Magazin: Dies führte dazu, dass der soziale Friede gefährdet war. In der Arbeiterschaft gäerte es. Eine aggressive Stimmung entlud sich im Landesstreik 1918 und Generalstreik 1919. Als Antwort auf die Arbeitsniederlegungen schlossen sich in Basel 6'000 bürgerlich Gesinnte in Bürgerwehren zusammen. Wie lässt sich diese Bereitschaft erklären, mit Waffengewalt gegen Mitbürger vorzugehen, die sozialpolitische Forderungen stellen?

Georg Kreis: *Es ging eben nicht nur um sozialpolitische Forderungen. Zugleich wurde befürchtet, dass nach dem Vorbild der Russischen Revolution das ganze politische System umfunktioniert, d.h. die Besitzenden enteignet und die bürgerlich eingestellten Kräfte gänzlich entmachtet würden. Einerseits waren die Streikforderungen nach heutigen Massstäben durchaus berechtigt, andererseits boten sie dem Bürgerblock die Gelegenheit, die Sozialdemokratie revolutionärer hinzustellen, als sie war.*

Akzent Magazin: Die sozial prekären Verhältnisse während des Ersten Weltkriegs und der Zwischenkriegsjahre begünstigten in Basel die Entwicklung der Linken zur massgeblichen Kraft, die nicht nur

sozialpolitische Anliegen erfolgreich durchsetzen konnte, sondern 1935 im Parlament und in der Regierung die Mehrheit errang. Was bedeutete das «rote Basel» für die bürgerlichen Parteien.

Georg Kreis: Das war eine Gegenwelt, die man in den polarisierten Verhältnissen entsprechend als «Ungeziefer» und «Maulwürfe» verteuflte. Der Basler Freisinn nahm eine Mitteposition ein, die gegen die Linke weniger Konfrontation machte als die Rechte (die LDP). Wahlen wurden immer etwas schärfer ausgetragen, weil man hier Grundsatzpositionen ins Spiel brachte, während im alltäglichen Sachgeschäft die Gegensätze weniger stark waren. Dem «roten Basel» wurden die klassischen Vorwürfe entgegengehalten: Staatsaufblähung, Steuerdruck auf den Besitz, Gleichmacherei. Und schliesslich der sonderbare Vorwurf: man mache das sachte und langsam, also «schleichend» und «einschläfernd», d.h. über das wahre Ziel des Staatssozialismus hinwegtäuschend.

Akzent Magazin: Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren einerseits geprägt von der Hochkonjunktur, später der Massenmobilität, andererseits, vom Kalten Krieg und einem militanten Antikommunismus, der u.a. seine Berechtigung aus dem Aufstand in Ungarn und später der CSSR bezog. «Moskau einfach» wurde in diesen Jahren eine beliebte Aufforderung an Zeitgenossen, die nicht mit der bürgerlichen Staatsdoktrin konform waren. Über sie wurden in Bern Dossiers angelegt (Stichwort «Fichenskandal», ungelöstes Dienstverweigererproblem). Weshalb verbiessen sich die Bürgerlichen damals in einen derart rigorosen Antikommunismus, der letztlich eine offene Diskussionskultur verhinderte?

Georg Kreis: Man benötigte (wie bei der Linken in umgekehrter Richtung) eine Gefahr und einen Feind und konnte sich selber über Gegnerschaft leichter definieren als mit dem Einsatz für positiv formulierte Ziele.

Akzent Magazin: Die Radikalen, bei denen ein starker linksliberaler Flügel existierte, der lange Zeit für eine Reformpolitik in der Bildung und im Sozialwesen ansprechbar war, verloren in diesen Jahren ihr Image als politische Vertretung von Angestellten. Weshalb?

Georg Kreis: Wir sollten zwischen Privatangestellten und Staatsangestellten unterscheiden. Erstere identifizierten sich, verbunden auch mit Aufstiegshoffnungen, mit einer Partei, in der Führungskräfte den Ton gaben. Staatsangestellte bildeten gerade in Basel



in der Radikal-demokratischen Partei eine eigene Untersektion, diese erlebte aber ihren Niedergang, als die FDP Schweiz auf Ebene der Bundespolitik mit «weniger Staat» zu punkten versuchte. Beim Basler Freisinn hielt sich in den 1970er-Jahren nicht sehr lange die Haltung, die sich vom «Zürcher Freisinn» distanzierte. Dass sich andererseits auch Exponenten bürgerlicher Parteien dem Kampf gegen das AKW Kaiseraugst und dem Protest gegen Schweizerhalle anschlossen, wurde durch zwei Umstände begünstigt: Die sehr konkreten lokalen Interessen sowie dank der jungen Generation, die am Familientisch bei Mutter und Vater (in dieser Reihenfolge) Überzeugungsarbeit leisteten.

Man konnte sich selber über Gegnerschaft leichter definieren als mit dem Einsatz für positiv formulierte Ziele.

Mit dem Fall der Berliner Mauer feierten wirtschaftsliberale Kreise den Sieg der Marktwirtschaft über den Kommunismus. Mit der in angelsächsischen Ländern entwickelten und von Roland Reagan und Margaret Thatcher politisch sanktionierten Theorie des Shareholder-Values wurde ein ungebremster Kapitalismus möglich, der auch auf das staatliche Handeln Auswirkungen zeigte. In Basel vertritt die rot-grüne Regierung einen wirtschaftsfreundlichen Kurs. Klassenkämpferische Parolen sind, wenn überhaupt, höchstens von den Jusos zu hören. Schlagworte wie «Lean Management» gehören zum Vokabular selbst

sozialdemokratischer Politiker und Subventionen werden durch Leistungsaufträge ersetzt, die auch gemeinnützige Organisationen, selbst im Sozialbereich, zwingen, ihre eigentliche Aufgabe unter das Primat betriebswirtschaftlichen Denkens zu stellen. Führende Exponenten der Sozialdemokraten kritisieren ihren Parteigenossen, Bundesrat Alain Berset, für dessen Absicht, die Schweizer Medikamentenpreise dem Ausland anzupassen und die sehr wirtschaftsfreundliche Unternehmenssteuerreform III wird von der sozialdemokratischen Basler Finanzministerin unterstützt, obwohl ihre Partei das Referendum dagegen angekündigt hat.

Akzent Magazin: Die ideologischen Unterschiede zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten scheinen, mindestens auf Regierungsebene, keine wichtige Rolle mehr zu spielen. Werden Bürgerliche sozialdemokratischer und Sozialdemokraten bürgerlicher – und wenn ja, weshalb?

Georg Kreis: Die bürgerlichen Kräfte haben sicher im Nachvollzug einen Teil der pionierhaften Sozialpostulate übernommen und die Sozialdemokraten sind zum Teil die Erbwalter in der Verteidigung der frühbürgerlichen Freiheiten.

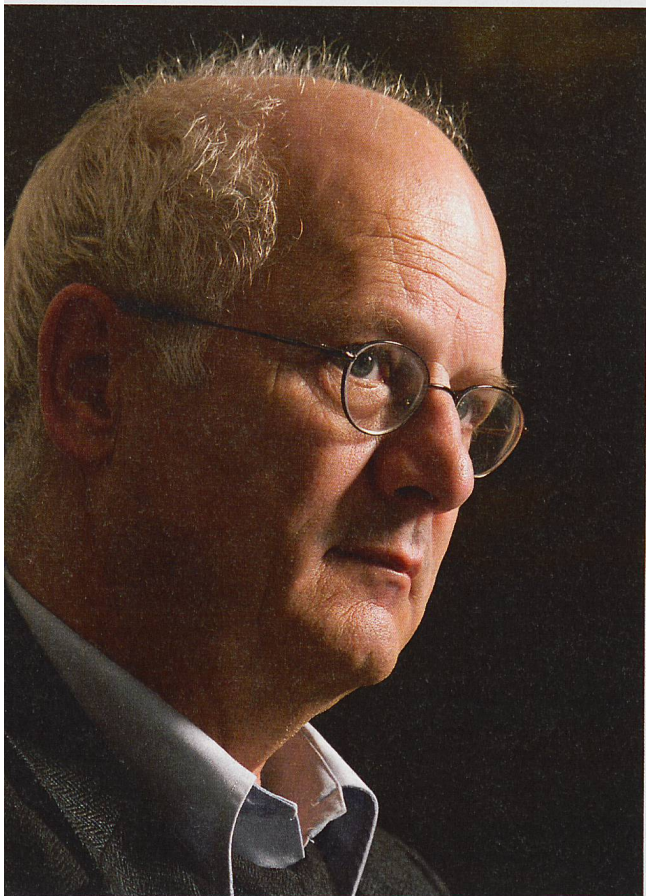
Akzent Magazin: Können die Begriffe «wirtschaftsliberal» und «nationalkonservativ» unter dem Begriff «bürgerlich» subsummiert werden?

Georg Kreis: Durchaus. Zum einen muss darauf hingewiesen werden, dass das verbal gerne als homogene und geschlossene Kraft dargestellte «Bürgertum» (wie die Linke) zahlreiche Schattierungen ausweist, das zeigt ja die Unterteilung in die klassischen Parteien LDP, FDP und die CVP. Die SVP würde ich höchstens halbwegs als bürgerlich bezeichnen, obwohl sie sich selber als superbürgerlich sieht und von den Medien leider ebenfalls so gesehen wird, nach dem Motto, je rechter desto bürgerlicher. Die SVP verkörpert eine Kombination von Gross- und Kleinbürgertum und trägt mit ihrer Polemik gegen bürgerliche Institutionen, wie Parlamente und Gerichte, auch revolutionäre Züge.

Interview: Werner Ryser

Verwendete Literatur

Kreis Georg, v. Wartburg Beat (Hg.), Basel, Geschichte einer städtischen Gesellschaft, Christoph Merian Verlag, Basel, 2000. Labhardt Robert, Krieg und Krise, Basel 1914-1918, Christoph Merian Verlag, Basel, 1914. Stirnimann Charles, Die ersten Jahre des «Roten Basel» 1935-1938, Reinhardt Verlag, Basel 1988.



Georg Kreis

Geboren 1943, ist emeritierter Professor für Neuere Allgemeine Geschichte und Geschichte der Schweiz an der Universität Basel, war bis Juli 2011 Leiter des Europainstituts Basel und bis Ende 2011 Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus. In den Jahren 1991 und 1992 war er Beauftragter des Bundesrates zur Erarbeitung eines historischen Berichts über den Staatsschutz in der Schweiz zwischen 1935 und 1990. Er gehörte der «Bergier-Kommission» und diversen weiteren Historikerkommissionen an. Georg Kreis verfasste zahlreiche Publikationen über die Schweizer Geschichte, Fragen über die Beziehung der Schweiz zum Ausland und über Minderheiten und hatte diverse Fernseh- und Radioauftritte als Experte zu themenspezifischen Fragen. Er gilt als engagierte Stimme in öffentlichen Diskussionen, insbesondere zum Verhalten der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs. 2007 wurde er mit dem Fischhof-Preis ausgezeichnet, der von der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus und der Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz vergeben wird.

Quelle

Wikipedia.ch



Wenn Bürger in Furor geraten

Der Käppisturm – ein bürgerlicher Aufstand

Als im Frühjahr 1844 das Basler Ratsherrenregime entschied, der schwerfällige Tschakko, die damalige Kopfbedeckung der Soldaten, sei bei den Infanteristen, nicht aber bei den Kanonieren durch ein Käppi zu ersetzen, beklagte sich der in seiner Waffenehre getroffene Artilleriewachtmeister, Dr. Karl Brenner, der im Sonderbundkrieg für die neue Bundesverfassung gekämpft hatte. Er protestierte in der National-Zeitung gegen diese Ungerechtigkeit. Die Basler Obrigkeit interpretierte den harmlosen Artikel als Aufruf zu Unordnung und Ungehorsam und nahm Brenner im Lohnhof, dem städtischen Gefängnis, in Haft. Empört über diese staatliche Willkür entschlossen sich die Basler Artilleristen zur Befreiung ihres Waffenbruders und marschierten am 4. August 1845 unter klingendem Spiel zum Lohnhof, wo Bürgermeister Carl Burckhardt vergeblich versuchte, die aufgebrachte Menge zu beruhigen. Steine flogen und das äusserste Tor des Gefängnisses wurde mit Axthieben aufgebrochen. Die Polizei kapitulierte und führte die «Befreier» zur Zelle Brenners. Zwei Burschen nahmen ihn auf die Schultern und im Triumphzug wurde der Artilleriewachtmeister in die Kaserne im Klingental zurückgebracht.

Georg Kreis in der Neuen Zürcher Zeitung vom 4. April 2000:

Bürgerliche Interessen und Alleingänge



Freipass für alle? **Nein**



PC 90-8828-5

8. Februar

Die richtige Ordnung beginnt mit den richtigen Wörtern. Es fällt aber auf, wie unkritisch das Wort «bürgerlich» immer wieder verwendet wird. Da sind die SVP-Stimmen, die sich gerne als die nachgerade einzigen «Bürgerlichen» anpreisen. Da sind andere, auch Sozialdemokraten, die von «bürgerlich» reden, wenn sie «nichtsozialistisch» meinen. Und da sind Kommentare zu den Zürcher Stapi-Wahlen, die meinen, dass die «beiden bürgerlichen Parteien» (gemeint SVP und FDP) sich zusammenfinden sollten. Das ist der Moment, einmal daran zu erinnern, dass das zentrale Element des Bürgerlichen der Liberalismus ist und dieser der SVP zutiefst fremd ist. Weder Spott und Hohn für Parlament und Bundesrat noch grundsätzliche Staatsfeindlichkeit und beissende Intoleranz politischen Gegnern (auch in den eigenen Reihen) gegenüber und Konkordanzfeindlichkeit sind bürgerliche Eigenschaften. Der deutsche Philosoph Odo Marquard umschreibt die bürgerliche politische Kultur wie folgt: «Die liberale Bürgerwelt bevorzugt das Mittlere gegenüber den Extremen, die kleinen Verbesserungen gegenüber der grossen Infragestellung, das Alltägliche gegenüber dem Moratorium des Alltags, das Geregelte gegenüber dem Erhabenen, die Ironie gegenüber dem Radikalismus, die Geschäftsordnung gegenüber dem Charisma, das Normale gegenüber dem Enormen.» Gehen wir von diesem Verständnis aus, kann die SVP nicht als eine bürgerliche Partei bezeichnet werden.